

(Die Mastschweine und Melkkühe der Stadt Wien.) Die deutschagrarischen Abgeordneten Wilhelm Mairner und Genossen richteten im Abgeordnetenhaus an den Ernährungsminister und den Ackerbauminister eine Interpellation in Angelegenheit der Errichtung eines Landwirtschaftsamtes der Gemeinde Wien. In ihr wird in offenbar übertriebenem Pessimismus der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die geplanten Wiener landwirtschaftlichen Unternehmungen die Landwirtschaft „schwer schädigen“, ohne den Bewohnern in Wien besonderen Nutzen zu bringen. In der agrarischen Interpellation wird weiter die Anschauung vertreten, die projektierte Maßnahme bilde nur „eine der vielen tausend Spielereien und Versuche der Kriegswirtschaft“, Versuche und Spielereien, die jenes volkswirtschaftliche Debakel herbeigeführt haben, in der sich der Staat heute befindet. Die Stadtgemeinde Wien, heißt es in der Interpellation, hat mit dem Gute Bernhofen einen Mastvertrag auf 15.000 Fetteschweine jährlich abgeschlossen. Zur Aufzucht von einem Fetteschwein von 110 Kilogramm brauche man mindestens 5½ Meterzentner Gerste und für die abgeschlossene Menge daher 825 Normalwaggons zu 100 Meterzentner Gerste. Den fragstellenden Abgeordneten erscheint es ausgeschlossen, daß die Gutsverwaltung Bernhofen, wenn sie bei der Ernteschätzung, bei der Aufnahme des Getreides und bei mehrmaliger Requisition genau so behandelt wurde wie die kleinen Bauern, 825 Waggons Gerste für Schweinefütterung verwenden kann. Es gehöre daher entweder der Besitzer dieses Gutes wegen Verheimlichung der Vorräte oder jener verantwortliche Beamte des Volksernährungsamtes vor Gericht und in den Kerker, der erst den Bauern die Gerste zu requirieren anbefohlen und dann diese der Gemeinde Wien, beziehungsweise der Gutsverwaltung Bernhofen für die Schweinemast zugeteilt hat. Zur Behebung der Mißnot habe die Stadtgemeinde Wien mit der Fuderindustrie in Goding und mit dem Gute Bernhofen einen Vertrag auf Fütterung von 1200 Stück Melkvieh abgeschlossen. Diese Fütterung sei nach Erachten der Fragesteller nur dann durchzuführen, wenn die erwähnten Gutsverwaltungen das Manko ihrer Wirtschaft an Heu und Stroh vom Volksernährungsamt zugewiesen erhalten, also Vorräte, die mit brutaler Gewalt den kleinen Landwirten abgenommen sind. Die Interpellanten fragen unter anderem, ob dem Minister für Volksernährung und dem des Ackerbaues bekannt ist, daß die Regierung solche Unternehmungen unterstützt, die die ländliche Bevölkerung „dem Ruin entgegenführen“, ohne den Konsumenten zu nützen, und ob die beiden Minister bereit seien, jene Staatsbeamten, die an diesem „Landwirtschaftsamte der Gemeinde Wien“ mitgearbeitet haben, streng zur Verantwortung zu ziehen und sofort vom Dienste zu suspendieren.